

- Balibar, Etienne (2002): Kultur und Identität (Arbeitsnotizen), in: Alex Demirovic, Manuela Bojadžijev (Hrsg.): *Konjunktoren des Rassismus*, Münster.
- Beard, Charles A. (1913): *Eine ökonomische Interpretation der amerikanischen Verfassung*, Frankfurt/M. 1974.
- Bermbach, Udo (1973): Einleitung, in: *Bermbach (1973a)*.
- Bermbach, Udo (Hrsg.) (1973a): *Theorie und Praxis der direkten Demokratie*, Opladen.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt/M.
- Däumig, Ernst (1920): Der Rätegedanke und seine Verwirklichung, in: *Bermbach (1973a)*.
- Demirovic, Alex (1989): Demokratie, Ökologie, Ökologische Demokratie. Demokratievorstellungen und -konzepte der neuen sozialen Bewegungen und der Partei „DIE GRÜNEN“, Frankfurt/M.
- Demirovic, Alex (2003): Revolution und Freiheit. Zum Problem der radikalen Transformation bei Arendt und Adorno, in: Dirk Auer, Lars Rensmann, Julia Schulze Wessel (Hrsg.): *Theodor W. Adorno und Hannah Arendt*, Frankfurt/M.
- Demirovic, Alex (2007): *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen - Probleme - Perspektiven*, Münster.
- Engels, Friedrich (1882): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M.
- Hardt, Michael, Negri, Antonio (2002): Globalisierung und Demokratie, in: Okwui Enwezor u.a. (Hrsg.): *Demokratie als unvollendeter Prozess*. Documenta 11_Plattform 1, Kassel.
- Hoffrogge, Ralf (2008): *Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin.
- Korsch, Karl (1919): Sozialisierung und Arbeiterbewegung, in: *Korsch (1980)*.
- Korsch, Karl (1919a): Die Sozialisierungsfrage vor und nach der Revolution, in: *Korsch (1980)*.
- Korsch, Karl (1919b): Die Arbeitsteilung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit und der Sozialismus, in: *Korsch (1980)*.
- Korsch, Karl (1919c): Das sozialistische und das syndikalistische Sozialisierungsprogramm, in: *Korsch (1980)*.
- Korsch, Karl (1920): Grundsätzliches über Sozialisierung, in: *Korsch (1980)*.
- Korsch, Karl (1980): Gesamtausgabe, Bd. 2: Rätebewegung und Klassenkampf, Frankfurt/M.
- Kottler, Wilhelm (1925): Der Rätegedanke als Staatsgedanke. 1. Teil: Demokratie und Rätegedanke in der großen englischen Revolution, *Leipziger rechtswissenschaftliche Studien*, H. 15, Leipzig.
- Locke, John (1689): Abhandlung über den wahren Ursprung, Umfang und Zweck des staatlichen Gemeinwesens, in: John Locke: *Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt*. Sozialphilosophische Schriften, hrsg. von Hermann Klenner, Westberlin 1986.
- Luxemburg, Rosa (1919): Rede für die Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung, dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin 1974.
- Marx, Karl (1843): *Zur Judenfrage*, in: MEW 1.
- Marx, Karl (1844): *Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen*, in: MEW 1.
- Marx, Karl (1844a): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: MEW 1.
- Marx, Karl (1871): *Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“*, in: MEW 17.
- Marx, Karl (1871a): *Bürgerkrieg in Frankreich*, in: MEW 17.
- Marx, Karl (1875): *Kritik des Gothaer Programms. Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei*, in: MEW 19.
- Marx, Karl, Engels, Friedrich (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: MEW 4.
- Müller, Richard (1919): Das Räteystem im künftigen Wirtschaftsleben, in: *Bermbach (1973a)*.
- Müller, Richard (1921): Die Entstehung des Rätegedankens, in: Die Befreiung der Menschheit, Leipzig.
- Pannekoek, Anton (1946): Arbeiterräte, in: *Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution*, Femwald 2008.
- Poulantzas, Nicos (1974): *Politische Macht und soziale Klassen*, Frankfurt/M.
- Rousseau, Jean-Jacques (1762): Gesellschaftsvertrag, in: ders.: *Politische Schriften*, Bd. 1, Paderborn.

Raul Zelik

Nach dem Kapitalismus: Warum der Staatssozialismus ökonomisch ineffizient war und was das für Alternativen heute bedeutet

Das Hegemonie nicht nur mit der Stärke eines führenden Blocks, sondern immer auch mit der Schwäche alternativer Projekte zu tun hat, ist eine recht banale Erkenntnis. Insofern kann die augenblickliche Lage nicht wirklich überraschen: Obwohl die Finanzkrise den ganzen Irrsinn kapitalistischer Akkumulation wieder einmal deutlich werden lässt, kommt es in Deutschland, zumindest bislang, eher zu einem Schulterchluss zwischen Belegschaften und Unternehmen als zu einer kapitalismuskritischen Wende.

Als Ausgangspunkt lässt sich zunächst einmal festhalten: Wenn auf die ökonomische bislang keine politische Krise folgt, dann vor allem weil die zur Disposition stehenden Alternativen noch schlechter zu sein scheinen. Das trifft in erster Linie auf die verschiedenen Staatssozialismen zu, die im 20. Jahrhundert immerhin von einem Drittel der Weltbevölkerung erlebt wurden und die gegenüber den entwickelten bürgerlichen Gesellschaften wenige Vor-, dafür aber gewichtige Nachteile hatten. Die Argumente sind hinlänglich bekannt. Im Staatssozialismus wurde eine rätedemokratische Rhetorik von extrem autoritären Herrschaftspraxen begleitet. Gesellschaftliche Transformationen waren in erster Linie das Ergebnis von Zwangsherrschaft (wie während des Stalinismus) und/oder Erziehungsterror (wie im maoistischen China). Und desaströs war schließlich auch die ökonomische Bilanz der staatssozialistischen Gesellschaften. Obwohl die Überwindung des anarchischen Marktes der Theorie zufolge zu Effizienzgewinnen hätte führen müssen, erwiesen sich die staatlichen Planwirtschaften langfristig als unökonomisch. Dem Staatssozialismus gelang nicht ansatzweise eine Befreiung von sinnlosen Tätigkeiten oder gesundheitsschädigender Arbeit. Die Ressourcenallokation war mangelhaft bis absurd, von Nachhaltigkeit konnte keine Rede sein. Die Umweltbilanz fiel noch schlechter aus als die des nicht gerade umweltfreundlichen Kapitalismus. Und schließlich herrschte in den staatssozialistischen Gesellschaften zwar oft größere Verteilungsgerechtigkeit. Doch das absolute Konsumniveau blieb trotzdem meist hinter dem der Arbeiterklasse in kapitalistischen Industriestaaten zurück.

Von links werden solche Beobachtungen bis heute relativiert. So wird, nicht ganz falsch, darauf verwiesen, dass die Ausgangslage der sozialistischen Staaten schlecht war und Russland, China sowie die meisten osteuropäischen Länder zum Zeitpunkt der Revolution¹ über keine tragenden industriellen Strukturen verfügten. Zudem waren die staatssozialistischen Länder mit Kriegs- oder Blockadesituationen konfrontiert und in eine Verteidigungshaltung gezwungen. Richtig ist auch der Hinweis, dass ein ernsthafter „Systemvergleich“ auch jene kapitalistischen Regionen berücksichtigen müsste, die als Rohstofflieferanten oder Weltmarktfabriken fungieren. Die DDR mag repressiver gewesen sein als die BRD, doch die politische Herrschaft in Kuba ihrerseits ist weniger blutrünstig als die vieler anderer karibischer Staaten – zum Beispiel Haitis oder Kolumbiens.

Doch auch wenn sich die Angelegenheit durchaus komplexer darstellt, lässt sich nicht leugnen, dass die sozialistischen Projekte bisher auch immer an endogenen Problemen scheiterten. Obwohl man mit sehr unterschiedlichen Konzepten experimentierte – mit nachholenden Industrialisierungsstrategien wie in der Sowjetunion, kulturrevolutionären und agrarsozialistischen Modellen wie in China und afrikanischen Ländern, marktförmig organisierten Formen der Arbeiterselbstverwaltung wie in Jugoslawien, einem von Genossenschaften getragenen „Hinüberwachsen“ in den Sozialismus usw. –, ist es den verschiedenen Bewegungen nicht gelungen, Gesellschaften grundlegend zu demokratisieren und ökonomische Beziehungen auf längere Sicht rationaler, umweltverträglicher und vor allem bedürfnisorientierter als im Kapitalismus zu organisieren. Die sozialistischen Bewegungen haben es im 20. Jahrhundert entweder nicht geschafft, die Machtfrage zu stellen – wurden also geschlagen bzw. kooptiert und im Rahmen von Transformationsprozessen in die bürgerlichen Verhältnisse zurückgeholt –, oder aber sie brachten jene staatlichen Kommandostrukturen hervor, die als gescheitert gelten können.

Warum war das so? Dass die Staatssozialismen autoritär waren und gesellschaftliche Alternativen, wenn überhaupt, nur auf der Grundlage räte- oder radikaldemokratischer Strukturen eine Perspektive besitzen, ist als Erkenntnis in der Linken noch vergleichsweise präsent und wird in diesem Heft an anderer Stelle ausführlich diskutiert². Weitgehend ausgeblendet und durch die Forde-

- 1 Zudem handelte es sich in den meisten Ländern Osteuropas und Zentralasiens nicht um Revolutionen, sondern um von Moskau aus forcierte Machtübernahmen kommunistischer bzw. sozialistischer Parteien.
- 2 Eine zentrale Frage dieser Debatte muss dabei lauten, warum es nicht gelang mit Rätestrukturen (oder *poder popular*, „Volksmacht“, wie es in Lateinamerika heute heißt) anders als mit leninistischen Kaderparteien über einen längeren Zeitraum die Machtfrage zu stellen. Bisher flaute die Partizipation „von unten“ nach einer gewissen Aufbruchphase immer wieder ab, was zum einen der Ermächtigung von Führungsgruppen innerhalb revolutionärer Bewegungen, zum anderen aber auch Ermüdungserscheinungen von unten geschuldet war. Eine entscheidende Frage wäre also, wie sich radikale Demokratie so organisieren lässt, dass

rung nach der „Abschaffung von Markt und Kapital“ nur kaschiert sind hingegen die ökonomischen Probleme staatssozialistischer Gesellschaften. Dabei muss eine gesellschaftliche Alternative die Frage selbstverständlich beantworten können: Woran lag es, dass sich sozialistische Ökonomien strukturell selbst blockier(t)en und keinen sparsamen Umgang mit Arbeit und anderen Ressourcen hervorbrachten?

Bevor man diese Probleme diskutiert, sollte man vorwegschicken, dass sie sich gerade deshalb mit Nachdruck stellen, weil eben auch Markt und Kapital die grundlegenden ökonomischen Probleme offensichtlich nicht bewältigen. Das finanzgetriebene, neoliberal regulierte Akkumulationsregime der letzten drei Jahrzehnte hat die Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung³ auf die Spitze getrieben. Die gesellschaftliche Atomisierung wurde – auf Kosten eines gesamtökonomischen Nutzens – vertieft, allgemein wurden eher solche (spekulativen) Handlungen belohnt, die die dauerhafte Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen unterminierten. Aber auch ein „traditionellerer“, weniger beschleunigter Kapitalismus ist weder sparsam noch nachhaltig oder auch nur effizient. Der kapitalistische Markt ist mit einer Tendenz zur Krise untrennbar verknüpft: Da sich Kapital erst mit dem Verkauf der produzierten Ware verwertet und zu viel, zu spät oder an der Nachfrage vorbei produzierte Waren unverkäuflich sind, werden regelmäßig große Wertmengen (d.i. eingesetzte Ressourcen) vernichtet. Ausgerechnet auf den Weltnahrungsmittelmärkten zeigt sich diese Verschwendung immer wieder auf dramatische Weise: Obwohl Nahrungsmittel nur beschränkt zur Verfügung stehen, müssen sie als Waren vernichtet werden, um jene Marktpreise zu stabilisieren, die wiederum die Kapitalverwertung gewährleisten. Zudem veranlasst der Akkumulationszwang die Marktakteure nicht nur zu Dynamik, sondern produziert automatisch Rücksichtslosigkeit. Wer Kosten erfolgreich externalisiert, also auf andere Marktteilnehmer, die Gesellschaft oder die Natur abwälzt, erwirtschaftet höhere Profite und kann Konkurrenten verdrängen. Damit wird aber letztlich auch die Reproduktion des Gesamtsystems unterlaufen (vgl. Altvater 1992a: 103-120).

Es gibt zahlreiche derartige Aspekte, die veranschaulichen, dass der Kapita-

sie nicht mit endlosen und nervtötenden Prozessen der Entscheidungsfindung einhergeht. Wenn Partizipation nur auf Kosten der Lebensqualität zu haben ist, wird sie kaum als emanzipatorisches Versprechen gelten können.

- 3 Grundlage des Vergesellschaftungsproblems ist letztlich die Arbeitsteiligkeit moderner Gesellschaften. Anders als in einer Subsistenzökonomie haben Arbeitsprodukte in einer arbeitsteiligen Gesellschaft für den Produzenten selbst keinen Gebrauchswert: Ein Bäcker kann nicht 1000 Brötchen am Tag essen. Die Vergesellschaftung des Produkts ist also für den Einzelnen unverzichtbar. Auf dem kapitalistischen Markt aber bleibt diese Vergesellschaftung „unvollendet“. Die Marktteilnehmer befinden sich in einem permanenten Verdrängungswettbewerb, obwohl sie einander brauchen und ohne die anderen nicht existieren könnten. Das ist der Grund, warum geplante, von Kooperation statt von Verdrängung ausgehende Vergesellschaftungsformen strukturell rationaler sind.

lismus eben keineswegs vernünftiges, sparsames Handeln mit sich bringt. So weit, so evident. Vor diesem Hintergrund gilt es nun allerdings zu verstehen, warum die Bilanz der staatssozialistischen Gesellschaften gerade hinsichtlich Nachhaltigkeit und effizienter Ressourcenallokation noch schlechter ausfiel.

Ursachen der Ineffizienz

Wenn man die oben erwähnten exogenen Faktoren – geringer historischer Industrialisierungsgrad der betreffenden Staaten (vgl. u.a. Dutschke 1974, Dobb 1948: 36f, Horvat 1976), Zerstörung durch post-/revolutionäre Bürgerkriege und langanhaltende Blockadesituationen (für den Fall der UdSSR vgl. Kritzman 1971, Deutscher 1990) – außen vor lässt, wird man drei Hauptursachen für diese ökonomischen Probleme ausmachen können: a) die gesellschaftlichen Widersprüche innerhalb der Staaten selbst, b) die ökonomischen Zielparadigmen und c) systemische Probleme der Ressourcenallokation und der Innovation in Planwirtschaften.

a) Die „Verweigerung von unten“

Vereinfacht lassen sich die verschiedenen Staatssozialismen in drei Gruppen zusammenfassen: a) die sowjetmarxistisch orientierten RGW-Staaten, b) die agrarisch-nationalistisch ausgerichteten „maoistischen“ Staaten China, Kambodscha und (mit Abstrichen) Albanien sowie c) das genossenschaftlich-gemischtwirtschaftliche und politisch relativ liberale Selbstverwaltungsmodell in Jugoslawien. Trotz erheblicher Differenzen weisen diese Konzepte eine zentrale Gemeinsamkeit auf: den leninistischen Kern des Projekts. Für alle sich über einen längeren Zeitraum haltenden Revolutionen des 20. Jahrhunderts gilt, dass eine vergleichsweise kleine Kaderpartei sowohl den Sturz des alten Regimes als auch die nachrevolutionären Transformationsprozesse anleitete. Mit der bolschewistischen Partei, deren Organisationsstruktur von revolutionären Bewegungen in der ganzen Welt als Blaupause übernommen und von der Komintern aggressiv exportiert wurde, wurden den Revolutionen dabei gleich mehrere grundlegende Widersprüche injiziert. Das bolschewistische Projekt ging davon aus, dass die Revolution 1) von einer ausgewählten Führungsgruppe angeleitet werden sollte, die in den Massenbewegungen vor allem Transformationsriemen der Politik sah, 2) sich auf eine Arbeiterklasse stützen sollte, die in den meisten Ländern auch innerhalb der subalternen Klassen minoritär war, 3) demzufolge von den entwickelten Zentren, d.i. den Städten aus das Land erfassen sollte, 4) Entwicklungsrückstände aufholen und aufgrund bürgerkriegsähnlicher Konflikte wie ein militärisches Vorhaben auf der Grundlage von Kommandostrukturen umgesetzt werden musste.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht besonders verwunderlich, dass die leninistische Partei nicht nur während der Revolutionsphase, sondern auch als

Staatsmacht strukturell ein Herrschaftsprojekt verfolgte, bei dem es zunächst weniger um die eigennützige Herrschaft einer Klasse als darum ging, einer „objektiven“, wissenschaftlich bestimmbaren Tendenz des „Weltgeistes“ Geltung zu verschaffen. Es spricht Einiges dafür, dass Stalin nicht als Ursache jener autoritär-aggressiven Entwicklungsstrategie, sondern vielmehr als deren Konsequenz gelten muss. Dieses Transformationsvorhaben drückte sich in der UdSSR – leninistischer Rhetorik zufolge immerhin ein „Arbeiter- und Bauernstaat“ – als Gewaltvorhaben gegenüber der Bauernschaft aus. Die bolschewistische Revolution ließ das Stadt-Land-Verhältnis Züge offener Feindschaft annehmen. Bereits während des Kriegskommunismus (1918-20) hatten sich die Bolschewiki gezwungen gesehen, die Ökonomien auf der Grundlage von Requirierungen zu organisieren. Die Bauern widersetzten sich dieser Politik, indem sie dem Staat und letztlich auch der städtischen Arbeiterschaft die Nahrungsmittel vorenthielten (Luxemburg 1987: 549). Im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), durch die Marktbeziehungen neu installiert wurden, versuchten die Bolschewiki die Bauernschaft daraufhin wieder auf traditionellere Weise zur Produktion zu animieren. Der „Bereichert-euch“-Politik der chinesischen KP unter Deng-Hsiao-Ping durchaus vergleichbar, wurden ‚freie‘ Agrarmärkte zugelassen, was zwar die Lebensmittelproduktion ankurbelte, gleichzeitig jedoch die Einkommensunterschiede zwischen Händlern und Bauern einerseits und städtischer Arbeiterklasse andererseits enorm verschärfte. So kam es unter Stalin ab 1928 mit der Politik der Zwangskollektivierungen zu einer neuerlichen Kehrtwende. Mit ihr wurde jene „ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ auf Kosten der Bauern in Gang gesetzt, die von der kommunistischen Parteilinken schon Jahre zuvor (vgl. Preobraschenskij 1974) propagiert worden war. Der Entwicklungssprung unter Stalin war von einer brutalen Ausbeutung ländlicher Arbeit, einer gezielt angeheizten Landflucht und der Zerstörung dörflicher Gemeinschaften gekennzeichnet (vgl. Cliff 1975, Carlo 1972, als historisches Dokument lesenswert: Serge 1991). Zwangsarbeit wurde zu einem zentralen Pfeiler der nachholenden Entwicklung und kostete Millionen Bauern das Leben.

Doch die Gewalt des sowjetischen Sozialismus richtete sich nicht nur gegen große Teile der Landbevölkerung. Auch jener organisierten städtischen Arbeiterklasse, die doch angeblich Träger der revolutionären Macht war, herrschten die Bolschewiki, und zwar lange vor Stalins Machtübernahme, ihren Führungsanspruch auf. Die Niederschlagung des Aufstands 1921 in Kronstadt machte deutlich, dass dissidente Positionen nicht geduldet wurden. Dass sich die junge Sowjetunion in den ersten 30 Jahren fast permanent in einem Kriegs- oder Isolationszustand befand, mag die Haltung der Bolschewiki zwar psychologisch erklären – Bahro (77: 153) hat treffend von einer „Festungsneurose“ gesprochen –, macht sie deswegen aber noch lange nicht richtiger. Das Kernproblem des leninistischen Revolutions- und Organisationsmodells war und ist

offensichtlich, dass ihr zufolge eine Führungsgruppe die historische Mission besitzt, der Gesellschaft eine objektiv notwendige Entwicklung aufzuzwingen. Dabei spielten Überlegungen zu hegemonialen Kräftekonstellationen oder zur Funktion von Differenz keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Das ist umso absurder, als die russische Linke – was die parteikommunistische Geschichtsschreibung weitgehend unterschlug – in ihrer Pluralität durchaus eine subalterne Mehrheit hätte mobilisieren können. Mit den Sozialrevolutionären besaß die Bauernschaft eine eigene Linkspartei, die bei den Wahlen zum Bauernsowjet im Mai 1917 knapp 50 Prozent der Sitze erlangte – während die Bolschewiki bei nur einem Prozent lagen (Hildermeier 1989: 201, Carlo 1972: 77f). Die leninistische Partei baute ihr gesellschaftliches Projekt an solchen subalternen Mehrheiten vorbei auf. Sie erwies sich zwar als effizientes Mittel zur Eroberung der Staatsmacht, doch sie entwickelte keine Anstrengungen, mehrheitsfähige Bündnisse von unten zu schmieden.⁴

In China war die KP intelligent genug, zumindest das Stadt-Land-Problem radikal anders anzugehen. Nach der Niederschlagung der städtischen Aufstände von Shanghai und Nanking 1927 rückte die Bauernschaft ins Zentrum des revolutionären Projektes, was einen – von den Maoisten zunächst kaum thematisierten – Bruch mit der leninistischen Revolutionstheorie darstellte. Die bäuerlichen Solidartraditionen, die ja auch in Russland stark vorhanden gewesen waren, wurden gezielt aufgegriffen. Gleichzeitig wurde das ländliche Leben mittels kulturrevolutionärer Praktiken und einer Agrarreform in den kontrollierten Gebieten schon während des Bürgerkriegs transformiert. Doch auch wenn die chinesische KP die Bauernschaft als aktives subalternes Subjekt entdeckte, war ihr Führungsanspruch als Partei nicht minder autoritär als der der Bolschewiki. Am geringsten ausgeprägt mag der transformatorische Voluntarismus in Jugoslawien gewesen sein, wo zumindest ab den 1960er Jahren Präzedenzen der politisch-kulturellen Differenz akzeptiert wurden und sich an Universitäten und in der Kunst ausgesprochen plurale Debatten entwickelten. Doch auch hier setzte das leninistische Parteimodell Grenzen. Der jugoslawische Bund der Kommunisten und die patriarchal-nationale Überfigur Tito definierten, was erlaubt war und wo Dissidenz zu enden hatte.

Dieser autoritäre Charakter staatssozialistischer Gesellschaften war nicht nur ein politisches Problem. Er hatte unmittelbar ökonomische Konsequenzen: In den betreffenden Gesellschaften bildeten sich neue, klassenähnliche Strukturen heraus. Aus der leninistischen Partei erwuchs eine Zentralbürokratie, deren materielle Privilegien zwar vergleichsweise bescheiden ausfielen, die aber doch

4 Die ausführlichen Bemerkungen zum Leninismus und zum Staatssozialismus der UdSSR mögen einigermaßen anachronistisch wirken. Allerdings haben kluge Köpfe wie Dietmar Dath (*Maschinenwinter*, Frankfurt 2008) oder Slavoj Žižek in den letzten Jahren sehr ernsthaft einen linken Neo-Leninismus verteidigt, dem es – bei aller Sympathie für den antibürgerlichen Impuls Daths – zu widersprechen gilt.

eine faktische Verfügungsmacht über die Produktionsmittel innehatte. Die lokalen Betriebsleitungen repräsentierten das eher technokratisch orientierte Management, das Machtpositionen mittels Spezialisierungsstrategien zu behaupten versuchte, und die Belegschaften schließlich befanden sich in einer Situation, die sich von der in kapitalistischen Gesellschaften wenig unterschied. Sie hatten auf Arbeitsorganisation und Produktionsziele kaum Einfluss und konnten nicht über die hergestellten Güter verfügen. Unabhängig davon, ob diese gesellschaftliche Struktur nun Klassencharakter oder nur „klassenähnlichen“ Charakter hatte (vgl. van der Linden in diesem Heft), war sie von tiefen sozialen Widersprüchen durchzogen. Als Folge kam es zu Verweigerungshaltungen, die man als unsichtbaren Klassenkampf bezeichnen könnte:

„Wenn der sowjetische Arbeiter bemerkt, dass der Betrieb nicht ‚sein eigen‘ ist, dass die Planziele ohne sein Mitwirken zustande kommen, so entwickelt er ihnen gegenüber eine vollständige Indifferenz, eine Gefühl von Fremdheit gegenüber dem Plan. Die so entstehenden Formen von passivem Widerstand der Arbeiter verbinden sich objektiv mit der subversiven Aktivität der Betriebsleiter: Wenn Industrieprodukte von geringem Gebrauchswert hergestellt werden konnten (z.B. die unhandlichen Traktoren usw.), so nicht nur deshalb, weil die ‚Manager‘ die abstrakten Maßgaben des Planes in ihrem Eigeninteresse auszunutzen verstanden, sondern auch weil die Arbeiter im sowjetischen System kein Eigeninteresse an der Produktion hochwertiger Güter entwickelt haben.“ (Carlo 1972: 75)

Die staatssozialistischen Gesellschaften befanden sich somit in einem eigenartigen Zwischenzustand. Innerhalb des Plans trugen klassenähnliche Gruppen auf unsichtbare Weise Kämpfe aus, um eigene Interessen durchzusetzen. Arbeiter entwickelten stille Formen der Renitenz. Unternehmensleitungen, die zur Planerfüllung gezwungen waren, versuchten, sich den Sollvorgaben zu entziehen, indem sie die Produktionsprozesse offensichtlich sinnlos, aber planimmanent organisierten. (Zum Beispiel, indem Möbelfabriken dazu übergingen, besonders schwere Produkte herzustellen, weil die Planvorgaben in Gewicht und nicht in Stückzahlen erfolgt waren). Die Zentralbürokratie schließlich musste sich gesellschaftlich dadurch legitimieren, dass sie steten Fortschritt protokollierte, gleichzeitig aber den Arbeitsdruck nicht allzu sehr erhöhte. Auf diese Weise bildete sich nach dem Stalinismus eine Art ‚sozialistischer Sozialpakt‘ heraus: Anders als im Kapitalismus konnten Produktivität und Leistungsbereitschaft jenseits der Zwangsarbeit nicht mehr durch Existenzdrohungen erzwungen werden. Die Zentralbürokratie tolerierte die stille Passivität der Subalternen, die dafür im Gegenzug ihre totale politische Entmündigung akzeptierten.

Es ist nicht besonders überraschend, dass ein solches Modell sich ökonomisch nicht regulieren ließ. Die Vergesellschaftung im Staatssozialismus hatte mit allem Möglichen zu tun, nur nicht mit Planung. Hinter der Fassade der Sollerfüllung wurden heftige soziale Konflikte ausgetragen.

b) Der Effizienzbegriff

Eine zweite Ursache ökonomischer Ineffizienz ergab sich aus der Zielbestimmung. Der Begriff der Effizienz, der das Verhältnis von Aufwand und Nutzen beschreibt, sagt nämlich noch nichts darüber aus, was als Aufwand und Nutzen definiert wird. Auf dem kapitalistischen Markt äußert sich Unternehmens-effizienz als möglichst hoher (verkaufbarer) Güterausstoß bei möglichst niedrigen monetären Betriebskosten. Gesamtökonomisch ist diese Bestimmung allerdings wenig tauglich, weil Betriebe a) Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen und b) gesellschaftlicher Wohlstand – noch besser wäre der schwerer operationalisierbare Begriff des Wohlbefindens – eben nicht deckungsgleich mit der größtmöglichen Menge an Gütern und Dienstleistungen ist.

Die RGW-Staaten, aber auch Jugoslawien scheiterten vor diesem Hintergrund auch daran, dass sie letztlich keine eigenständigen ökonomischen Ziele definierten, sondern weiterhin eine mit fossilen Brennstoffen angetriebene fordistische Entwicklung verfolgten. Der Kern eines sozialistischen oder kommunistischen Projektes müsste hingegen darin bestehen, dass ökonomische Ziele, also Form und Wesen von Produktion und Arbeit, gesellschaftlich erörtert und definiert werden.⁵ Das würde unter anderem bedeuten, dass in einer sozialistischen Gesellschaft, anders als in einer vom Akkumulationszwang getriebenen, Wachstum kein Ziel an sich darstellt. Der *größtmögliche gesellschaftliche Nutzen* würde sich in der Erhöhung des allgemeinen Wohlbefindens äußern. Das schliesse zwar die Produktion von Grund- und Konsumgütern ein, ginge jedoch weit darüber hinaus. Ebenso wichtig wäre die Produktion von kaum oder nicht quantifizierbarer Lebensqualität: Gesundheit, Zugang zu Medien, soziale Teilhabe, Autonomie, intakte Natur, demokratische Partizipation usw. ‚Sozialistisches‘ Haushalten impliziert also, dass eine Gesellschaft abwägt, ob der eingesetzte Aufwand (Einsatz von Arbeit, Verbrauch von Naturressourcen etc.) etwa bei der Automobilproduktion mit dem erzielten Nutzen (Mobilität, Komfort usw.) in einem sinnvollen Verhältnis steht.

Die große Herausforderung für sozialistische Gesellschaften hätte also darin bestanden, das Wesen der Ökonomie umfassender zu begreifen. In den RGW-Staaten und Jugoslawien war das nur ansatzweise zu beobachten: Dort wurden zwar für soziale Leistungen (Krankenhäuser, Kindergärten etc.) relativ mehr Mittel zur Verfügung gestellt als in kapitalistischen Gesellschaften, doch zentrales Erfolgskriterium blieb das Wachstum des Sozialprodukts. Gerade diese

5 Legt man diesen Begriff zugrunde, können die staatssozialistischen Gesellschaften nicht als sozialistisch bezeichnet werden. Es handelt sich dann um Staaten, die zwar aus sozialistischen Bewegungen hervorgingen, an der selbst formulierten Aufgabe – der gesellschaftlichen Gestaltung von Produktion und Arbeit – jedoch scheiterten. Dieser Text will zeigen, dass dieses Scheitern eben nicht zwangsläufig war, sondern mit bestimmten Revolutionskonzepten zusammenhing.

Kennziffer ist zur Bemessung gesamtgesellschaftlichen Nutzens aber augenscheinlich unterkomplex⁶. Der Staatssozialismus blieb in dieser Hinsicht den kapitalistischen Wachstumslogiken weitgehend verhaftet. Wenig erstaunlich ist daher auch, dass fordistische Produktionsmodelle und tayloristische Arbeitsorganisation – beides ursprünglich Mittel, um eine reale Subsumtion der Lohnarbeit zu ermöglichen und die (Zeit-) Autonomie von Arbeitenden durch Maschinentaktung und Vorgabe der Arbeitsabläufe zu beschneiden – von staatssozialistischen Führungsgruppen begeistert aufgenommen wurden (vgl. Murray 1990, Dutschke 1975: 275, Cliff 1975: 23f).

Doch auch eine politische Neubestimmung ökonomischer Ziele birgt gewaltige Gefahren, wie ein Blick auf die ‚maoistischen‘ Perioden in der VR China und Kambodscha belegt. Während des ‚Großen Sprungs nach vorn‘ (1958-62) und der Kulturrevolution (1966-76) verfolgte die chinesische KP eine Entwicklungsstrategie, bei der politische Organisations- und Erziehungsziele im Vordergrund standen. Besonders deutlich wurde das während des ‚Großen Sprungs‘, als man eine dezentrale Industrialisierung Chinas einleiten wollte. Um zu beweisen, dass der Übergang zum Kommunismus keine Frage des Entwicklungsstandes ist, wurde in China Kleinbauerland in große Volkskommunen zusammengelegt, die als agrarisch-industrielle und organisatorische Einheiten fungieren sollten. Ganz dem maoistischen Prinzip verpflichtet, wonach Bewusstsein an erster Stelle jedes Prozesses zu stehen habe, widmete man sich während des ‚Großen Sprungs nach Vorne‘ u.a. der Herstellung von so genanntem Hinterhofstahl. Das maoistische China sollte den schwerindustriell-fordistischen Entwicklungsweg, den man in der UdSSR gegangen war, verlassen und eigene ökonomische Kriterien bestimmen (vgl. Varga; Bettelheim; Maccio 1970). Das Ergebnis allerdings war verheerend. Die Kollektivierungspolitik löste gewaltige Hungersnöte aus. Die Stahlproduktion in bäuerlichen Werkstätten erwies sich als Desaster, weil die notwendigen Temperaturen in Kleinöfen nicht erzeugt werden konnten. Um den Erfolg der Politik dennoch unter Beweis zu stellen, wurde bereits vorhandenes Küchengeschirr eingeschmolzen und dabei zerstört oder aufgegangene Saat noch einmal umpflügt (vgl. Daiyun 1989, Kosta; Meyer 1976, Meyer 1980). Obwohl der Große Sprung misslang, formulierte die chinesische KP während der Kulturrevolution erneut das radikale Primat der Politik und maß politischen Entscheidungen größere Bedeutung als technischen oder stofflichen Sachzusammenhängen bei. Extrem auf die Spitze getrieben wurde ein derartiges Primat der Politik schließlich in Kambodscha unter den Roten Khmer. Die kommunistische

6 Dass das Wachstum des Bruttozialprodukts wenig mit gesteigertem Wohlstand zu tun hat, zeigt folgendes, häufig zitiertes Beispiel: Bei einem Autounfall mit Schwerverletzten wird das Bruttozialprodukt gleich in doppelter Hinsicht nach oben getrieben. Sowohl die nötigen Reparaturen als auch der Krankenhausaufenthalt tragen zum BSP-Wachstum bei.

Staatsmacht wollte mit einer Umsiedlungs- und Umerziehungspolitik den Übergang zu einer agrarisch-kommunistischen Gesellschaft erzwingen und damit beweisen, dass der Übergang zum Kommunismus auf jeder Entwicklungsstufe möglich ist. In diesem Zusammenhang wurde die städtische Bevölkerung zwangsdeportiert, intellektuelle oder händlerische Bevölkerungsanteile wurden regelrecht exorzistisch ausgetrieben.

Die beiden Beispiele zeigen, dass ein radikales Primat der Politik, also die Neubestimmung von ökonomischen Kriterien und Entwicklungszielen, leicht in voluntaristischen Terror umschlagen kann. Die maoistische Kritik am fordistischen Entwicklungsweg und die politische Bestimmung des Ökonomischen (Rossanda 1975: 64f) waren dabei durchaus plausibel. In Verbindung mit einem revolutionären Führungs- und Erlösungsanspruch führte die Neubestimmung der Kosten-Nutzen-Kalkulation allerdings zu einer besonders aggressiven Variante allgemeiner Erziehungshysterie.

Eine alternative Bestimmung ökonomischer Ziele macht nur Sinn, wenn die realen Verhältnisse der stofflichen Welt zugrunde liegen. Der fanatische Anteil, der revolutionären Transformationsvorhaben offensichtlich innewohnt, muss stets von neuem gebannt werden. Es ist zwar richtig, dass es darum geht, eine Gesellschaft jenseits bestehender ‚Sachzwänge‘ radikal anders zu denken. Doch der ‚Wille zum Kommunismus‘, der zur eschatologischen Heilserwartung tendiert, muss sich selbst auch immer wieder relativieren.

c) Die Grenzen der Planung

Ein drittes, systemisches Problem besteht schließlich in der Planbarkeit von dezentralen Prozessen und im Effizienzvergleich zwischen verschiedenen Formen der Arbeitsorganisation. Bei der emphatischen Anrufung „der Revolution“ bleibt oft ausgeblendet, dass viele Güter und Ressourcen auch nach einem radikalen Bruch nur beschränkt zur Verfügung stünden. Es gibt zwar Bereiche, in denen materielle Schranken vom Kapitalismus künstlich errichtet werden müssen.⁷ Bei 7 Milliarden Menschen, einer begrenzten Natur, fremdbestimmter Arbeit (zur Befreiung von fremdbestimmter Arbeit nach wie vor sehr lesenswert: Gorz 1989) usw. ist ein *haushaltender* Umgang mit Arbeitszeit und Natur unvermeidlich. Im Kapitalismus wird Sparsamkeit, zumindest was monetarisierbare Kosten angeht, über harte Budgetrestriktionen erzwungen. In nichtkapitalistischen Gesellschaften, die sich mit der (destruktiven, gewalttätigen und oft irrationalen) unsichtbaren Hand des Marktes nicht zufrieden geben wollen, kann der sparsame Umgang mit knappen Gütern eigentlich nur über beschränkte Zuteilung erfolgen (entweder in Form von Bezugssystemen

⁷ Im Kampf ums Copyright zeigt sich das besonders deutlich. Hier sollen Güter, die sich beim Gebrauch nicht verbrauchen, mit Hilfe von Überwachungstechnologien privatkapitalistisch gehegt werden.

oder über knappes Geld) oder er muss durch ein extremes gesamtgesellschaftliches Bewusstsein hervorgebracht werden, was bedeuten würde, dass sich *alle* Individuen *permanent* der Begrenztheit von Gütern bewusst sind und sie dementsprechend zurückhaltend verbrauchen. Das heißt: Die kommunistische *Maxime* ‚Jeder nach seinen Bedürfnissen‘ bleibt in vielen Bereichen unrealisierbar, es sei denn, die Bedürfnisempfindung ändert sich radikal, was aber umfassende Erziehungs- und Selbstbeschränkungspraktiken impliziert.

Die Schwierigkeiten im Staatssozialismus, dieser realen Notwendigkeit zum Haushalten mittels Effizienzvergleiche und optimierter Ressourcenallokation zu begegnen, kamen allerdings erst nach einigen Jahrzehnten voll zum Tragen. Anders als die bürgerliche Geschichtsschreibung es nahe legt, war das staatssozialistische Lager zeitweise ausgesprochen dynamisch. Die jugoslawische Ökonomie etwa wuchs zwischen 1955 und 1964 – also noch während der Phase zentraler Planung – mit jährlich durchschnittlich 8,2% (Horvat 1971: 50). Auch andere staatssozialistische Länder wiesen bemerkenswerte Industrialisierungserfolge vor. Die Stromproduktion Bulgariens und Rumäniens etwa, traditionell gering industrialisierter Staaten, stieg von unter 100 Kilowattstunden pro Einwohner und Jahr vor dem Zweiten Weltkrieg auf mehr als 2000 KWH 1972, womit die beiden RGW-Staaten eine höhere Pro-Kopf-Stromproduktion aufwiesen als Italien (Montias 1972: 285). Nicht nur sozialistische Ökonomen gingen vor diesem Hintergrund bis in die 1970er Jahre hinein von einer systemischen Überlegenheit der Planwirtschaften aus. Der Grund schien plausibel: Da in der Planwirtschaft einzelne Unternehmen nicht zum Betriebsgewinn gezwungen sind, können Ressourcen so alloziert werden, dass der *gesamtwirtschaftliche* Nutzen am größten ist.

In den 1960er Jahre jedoch setzte zunächst in den am meisten industrialisierten Ländern des RGW – der CSSR und der DDR – eine entgegengesetzte Entwicklung ein (Brus 1971: 335), die in der Folgezeit die ganze Wirtschaftsgemeinschaft erfasste. Die staatssozialistischen Gesellschaften hatten enorme Probleme, von einer extensiven, auf die Schwerindustrie konzentrierten Entwicklung zu intensiveren und komplexeren ökonomischen Strukturen überzugehen. Sie erwiesen sich in Anbetracht der Herausforderungen als inflexibel und innovationsresistent. Zwar gab es Bereiche wie die Luft- und Raumfahrt, in denen Hochtechnologie entwickelt wurde. Doch allgemein gelang es nicht, dynamischere Formen der Arbeitsorganisation mit zentraler Planung in Einklang zu bringen.

Auch diese Innovationsblockade, die eine Stagnation einleitete und schließlich den politischen ‚Seitenwechsel‘ von wichtigen Teilen der Staatsbürokratien nach sich zog⁸, lässt sich teilweise mit der autoritären Struktur des Staatssozia-

⁸ Die Implosion des Staatssozialismus war weder eine „friedliche Revolution“, wie oft unterstellt wird, noch ein „Verrat“. Vielmehr kamen eine weit reichende Delegitimierung des Sys-

lismus erklären. In einer Kommandoökonomie stellen Eigeninitiativen politische und technokratische Machtpositionen in Frage. Der Umgang bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften mit solchen Herausforderungen ist grundlegend anders. Obwohl auch hier in Krisensituationen autoritäre Tendenzen zum Tragen kommen, haben es die bürgerlichen Gesellschaften historisch doch immer wieder vermocht, widerständige Bewegungen in Impulse für sozioökonomische Transformationen umzusetzen. So mündete der von 1968 ausgehende Ruf nach größerer Selbstbestimmung im Westen schließlich nicht nur in einer Verflüssigung gesellschaftlicher Hierarchien, sondern auch in einer Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitswelt. Die Verbindung von subjektlosem Zwang des Marktes und relativer Toleranz des politischen Systems erlaubt in den bürgerlichen Gesellschaften die Artikulation von Gegenbewegungen, die über ‚harte Budgetrestriktionen‘ in kapitalistische Handlungslogiken zurückgezwungen werden⁹. Im Staatssozialismus hingegen verhinderte der autoritäre Führungsanspruch der Nomenklatura die Entfaltung ‚produktiver‘ Transformationskrisen (vgl. Altvater 1992b: 29-36).

Dazu kommt aber ein weiteres, ‚systemisches‘ Problem: Auch in einer rätedemokratischen Planungsökonomie würden dezentrale Veränderungen des Arbeitsprozesses vereinbarte Abläufe durcheinander bringen. Planungsökonomien, die Prozesse *ex ante* bestimmen, tendieren daher offensichtlich zur Statik. Solange es darum geht, ökonomische Prozesse nur zu erweitern und zu expandieren, kann Planung hocheffizient sein. Entwicklung bedeutet dann einfaches Mengenwachstum: In einem Folgezeitraum wird einer Produktionseinheit einfach eine größere Menge von Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Ökonomische Entwicklung impliziert jedoch qualitative Sprünge – und zwar nicht nur technologische, sondern vor allem auch arbeitsorganisatorische und kommunikative. An dieser Stelle – also als Produktionsbeziehungen komplexer wurden und die Vorhersagbarkeit von Prozessen abnahm – scheiterten die staatssozialistischen Planungsmechanismen.

Von Mises (1922) und von Hayek (1952) hatten derartige Probleme frühzeitig prognostiziert. Von Mises spricht davon, dass ökonomische Abläufe wie jeder lebendige Prozess dynamisch sind und sich permanent wandeln. Hayek (1952: 27) verweist auf den Zusammenhang von Planung und Zentralisierung und formuliert das fast schon poststrukturalistisch anmutende Argument, wonach

tems von unten und eine massive Desertion des bürokratischen Apparats zusammen. Letzteres erklärt, warum ein beträchtlicher Teil des Führungspersonals der RGW-Staaten in den neuen Kapitalistenklassen aufgehen konnte.

9 Immer wieder beschrieben worden ist das norditalienische Phänomen der neuen Selbständigen, das zumindest teilweise aus der Verweigerungshaltung politisierter Massenarbeiter in den 1970er Jahren erklärt werden kann. Die neue Kleinunternehmerschicht ist Ausdruck eines Autonomiebegehrens, das sich politisch und kulturell als Widerstand artikuliert hatte und schließlich ein partielles ‚Scheitern‘ der Großfabriken in der Region nach sich zog.

sich Vernunft in erster Linie dezentral als sozialer Prozess konstituiere. Die von Marx ausgehende Kritik hat auf diesen Einwand mit Recht erwidert, dass der kapitalistische Markt nicht der Ort ist, an dem sich freie Akteure gleichberechtigt begegnen und somit kollektive Vernunft herausbilden kann. Der Markt, so wie er real existiert, ist ein von Zwangsverhältnissen strukturiertes Feld, auf dem Vergesellschaftung durch Macht- und Verdrängungskämpfe bestimmt wird. Trotzdem scheint Hayeks Hinweis auf sich selbst organisierende Prozesse durchaus aktuell. In den verschiedensten Bereichen setzt sich heute die Erkenntnis durch, dass netzwerkartige oder schwarmähnliche Strukturen oft effizienter und anpassungsfähiger sind als zentralisierte und stark hierarchisierte. Kollektive Intelligenz – und einem arbeitsteiligen Prozess wohnt immer eine gemeinschaftliche Intelligenz inne, die sich begrifflich nicht vollständig erfassen lässt – entsteht aber erst im Handlungsprozess selbst. Sie impliziert Dezentralität und die Möglichkeit zur Spontaneität.

In den staatssozialistischen Gesellschaften wurden die daraus resultierenden systemischen Probleme der Planung ab den 1960er Jahren relativ hilflos debattiert – wohl auch deshalb, weil eine konsequente Debatte das Gedankengebäude des Leninismus in seinen Grundfesten erschüttert hätte.

In der UdSSR war man nach der militärischen Requirierungspolitik des Kriegskommunismus und nach einer vorübergehenden Wiedereinführung kapitalistischer Marktbeziehungen während der NÖP Ende der 1920er Jahre zunächst zu einem Naturalkennziffersystem übergegangen, wie es die Parteilinke schon lange gefordert hatte (zur Debatte in der frühen UdSSR: Lorenz 1976, Dobb 1973). Die Planungsbehörden wiesen die Betriebe nun einfach an, eine bestimmte Menge an Gütern bereit zu stellen. Eine Verrechnung unter den Betrieben fand nicht statt. In Verbindung mit den autoritären Strukturen im Staatssozialismus trieb daraufhin allerdings die Tonnenideologie ihre Blüten. Überspitzt könnte man behaupten, dass der Fortschritt des Sozialismus in Gewicht gemessen wurde. Das Problem des Naturalkennziffersystem war nämlich, dass es weder eine komplexere Bemessung gesellschaftlichen Wohlbefindens noch Effizienz- und Qualitätsvergleiche zuließ. Da Naturalkennziffern letztlich noch eindimensionaler sind als monetäre Rechnungen, kehrte man schließlich zu geldbasierten Planrechnungen zurück.

In Jugoslawien gingen diese Reformen besonders weit. Mit dem Selbstverwaltungssozialismus ab 1964 wurden Marktpreise und die Eigenständigkeit von Betrieben eingeführt (vgl. Soergel 1979, Eger 1974, Horvat 1976). Dabei versuchte man den Markt vor allem als Anreizsystem zu nutzen. Die in Arbeiter-selbstverwaltung geführten Unternehmen konnten durch effizienteren Ressourceneinsatz und höhere Arbeitsproduktivität Gewinne einspielen, die unter den Genossenschaftlern verteilt wurden. Das führte zu wachsenden Einkommensdifferenzen zwischen den Betrieben und v.a. den Bundesstaaten, zwischen denen schon vor der Revolution ein enormes Wohlstandsgefälle existiert hatte.

Die Marktbeziehungen stärkten zudem die technokratische Perspektive des Betriebsmanagements. Da die Belegschaften miteinander konkurrierten und sich in erster Linie mit ihren Betrieben identifizierten, unterstützten sie das Management dort, wo es unternehmerisch wie ein Einzelkapitalist handelte und ausschließlich das Betriebsergebnis im Blick hatte.

In den RGW-Staaten besaßen die marktsozialistischen Reformen einen weitaus begrenzteren Charakter. In den 1960er Jahren führte man auch dort Handelsbeziehungen zwischen den Betrieben ein, beschränkte die Marktfunktionen jedoch, indem man die Preise in zentraler Hand beließ. Die Veränderungen in der DDR, die 1963 als NÖSPL (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung) bekannt wurden, nahmen dabei eine Vorreiterrolle ein. Das NÖSPL brachte zunächst eine deutliche Wachstumsdynamik, eine Dezentralisierung von Arbeitsabläufen, aber auch eine Aufwertung der Betriebstechnokratie gegenüber der politischen Führung und wurde auf Druck aus Moskau schon 1967 wieder zurückgenommen.

Linke Kritiker haben die Dezentralisierungsexperimente immer wieder als „kapitalistisch“ gebrandmarkt, was die Sache aber nicht wirklich trifft. Immerhin spricht Einiges für den bürgerlichen Einwand, dass eine „echte“ (soll heißen: gesellschaftliche Handlungen allgemein determinierende) Marktwirtschaft freier Preise bedarf. Die damals vor allem von Maoisten und Guevaristen formulierte Kritik (vgl. Bettelheim et al. 1969), wonach im RGW der Kapitalismus restauriert worden sei, erscheint daher einigermaßen formalistisch. Durch die RGW-Reformen gewann das Geld zwar als Maßeinheit, Zirkulations- und Sparmittel an Bedeutung, stand jedoch weiterhin nicht als privates Akkumulationsmittel zur Verfügung. Zudem unterlagen die auf dem Markt erfolglosen Unternehmen keiner harten Budgetrestriktion, d.h. sie konnten nicht einfach in Konkurs gehen. Die geldförmige Kosten-Nutzen-Kalkulation löste somit keinen echten Verdrängungswettbewerb aus, sondern hatte nur die Funktion, dezentrale Entscheidungsprozesse zu erleichtern. Dadurch dass den Unternehmen nicht einfach Güter zugeteilt wurden, sondern sie diese selbst auf dem Markt erwerben konnten, ergaben sich Spielräume für eine autonome Organisation der Produktion und ein gewisses Maß an *trial and error*. Zudem lieferte die Betriebsrechnung, die als Instrument einer doppelten Rechnungsführung gedacht war (Damus 1973b: 224), Auskunft darüber, ob die eingesetzten Ressourcen vergleichsweise effizienter eingesetzt worden waren als in früheren Zeiträumen oder in anderen Betrieben. Da gleichzeitig gesamtgesellschaftlich umverteilt wurde (in den RGW-Staaten verblieben die Betriebsgewinne anders als in Jugoslawien nicht oder nur zu einem geringen Teil in den Betrieben), setzte der Übergang zur Geldrechnung keine sozialen Polarisierungen und betrieblichen Akkumulationsprozesse in Gang. Die Entscheidung, was mit den Informationen der monetären Kosten-Nutzen-Kalkulation geschah, blieb politisch – was im Fall der RGW-Staaten bedeutete: unter Kontrolle einer autoritären Führungsgruppe.

Dennoch lösten die Reformen in der Praxis neue gravierende Schwierigkeiten aus. Vor allem die zentrale, als Regulationsmechanismus gedachte Festsetzung der Preise erwies sich als Alptraum der Planer. Auf ‚normalen‘ (vor-) kapitalistischen Märkten ergeben sich Preise relativ selbsttätig auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage. Im RGW hingegen sah man sich gezwungen, die Preise auf der Grundlage der Arbeitswerttheorie zentral zu errechnen. Das allerdings verschärfte erneut die Tendenz zur Statik. Besonders gute Preise erzielten Unternehmen nämlich bei niedriger Produktivität, also bei hohem Arbeitsanteil (Beyer u.a. 1977, Bardmann 1986), was den Anreiz verringerte, die gesellschaftlich notwendige Arbeit zu reduzieren. Hoher Arbeitsaufwand ist jedoch alles andere als ein emanzipatorisches Ziel. Jedem ernsthaften sozialistischen Projekt muss es darum gehen, das Reich der Notwendigkeit durch technische Entwicklungen so weit wie möglich hinter sich zu lassen und Arbeit zu verringern. Zudem wirbelte auch das Konzept der ‚politischen Preise‘ das ökonomische Gefüge im Staatssozialismus mächtig durcheinander. Da der Brotpreis sehr niedrig angesetzt war, gingen landwirtschaftliche Betriebe dazu über, ihr Vieh mit Brot zu füttern. Ähnliche und gesamtgesellschaftlich noch schwerwiegendere Probleme ergaben sich aus niedrig gehaltenen Energiepreisen, die Ressourcen fressende Produktionsmethoden begünstigten.

Die Aussagekraft solcher Beispiele mag beschränkt sein. In der kapitalistischen Welt lassen sich nicht minder absurde Beispiele der Fehlallokation finden, ohne dass deshalb das System vor dem Zusammenbruch stünde. Zudem soll die indirekte Regulation in einer alternativen Gesellschaft ja gar nicht alle Handlungen steuern. Auch ohne Budgetrestriktion oder Strafandrohung können Akteure in einer Gesellschaft Verantwortung für den Gesamtzusammenhang übernehmen – also zum Beispiel auch dann kein Brot an Schweine verfüttern, wenn es dem eigenen Unternehmen ein gutes Betriebsergebnis beschert. Und doch zeigt sich an den Beispielen, dass ein politisches *embedding*, also eine regulative Beschränkung des Marktes, neue Probleme nach sich zieht.

Ob eine marktformige dezentrale Effizienzrechnung unter anderen politischen Voraussetzungen sinnvolle Ergebnisse liefern würde, ohne die bekannten Atomisierungsprozesse in der Gesellschaft in Gang zu setzen, muss dabei letztlich als offene Frage gelten. Auch aus kritischer Sicht gilt, dass der Markt als netzwerkartige Struktur systemischer Selbstorganisation interessante Aspekte hat. Die Allokationsentscheidungen auf Märkten sind aus gesamtökonomischer Perspektive zwar oft nicht vernünftig. Andererseits wäre aber auch nicht attraktiv, wenn über alle ökonomischen Handlungen politisch bewusst entschieden werden müsste. Oder wie Altwater vor fast 20 Jahren notierte (1992b: 359):

„...nicht alle ökonomischen Prozesse sind planbar und in einer arbeitsteiligen Gesellschaft sind die Menschen nicht nur Produzenten, sondern sie bleiben Konsumenten, die hoffnungslos überfordert wären, jede alltägliche Konsumententscheidung als politischen Wahlakt artikulieren zu müssen.“

Vor diesem Hintergrund würde es sich lohnen, Krätkes (2003) Überlegungen zu diskutieren, der die linkssozialistischen Konzepte und Praktiken von Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg mit marktsozialistischen Elementen in Verbindung setzt. Krätke geht es dabei um eine direktdemokratische gesellschaftliche Verfügung über Arbeit und Produktion, bei der Märkte als Garanten für dezentrale Handlungsspielräume fungieren, durch gesamtgesellschaftliche Instanzen in ihrer Wirkungsmächtigkeit aber permanent beschränkt werden.

Praktiken der *Commons*

Am Ende stellt sich die Frage nach alternativer Vergesellschaftung aber wahrscheinlich viel simpler, als es das Schweigen der Linken vermuten lässt. Viele Probleme sozialistischer Ökonomiedebatten scheinen heute einigermaßen obsolet – so etwa das heftig diskutierte Anreizproblem. Während man in den RGW-Staaten, Jugoslawien und nicht zuletzt in China ab 1979 auf die Triebkraft des Eigennutzes setzte, vertrauten Kulturrevolutionäre von Mao bis Guevara auf die mobilisierende Kraft der Politik, sprich auf Propaganda, Agitation und Erziehung. Schrecklich war schließlich beides: Auf der einen Seite bildeten sich konsumistische Simulationen (die dann im RGW u.a. zum Aufbau einer – stets unterlegenen – PKW-Produktion führten) und informelle Praktiken der Naturalwirtschaft heraus – die knappen Gebrauchsgüter ersetzen das nicht-knappe Geld –, auf der anderen herrschten die (je nach Land unterschiedlich penetranten) Erziehungsvorhaben vor, durch die „die Massen“ respektive man selbst in neue Menschen verwandelt werden sollten.

Heute hingegen beobachten wir größer werdende Felder, auf denen Tätigkeit und Anreiz in eins zu fallen scheinen. Gerade in den innovativsten Bereichen der neoliberal prekarierten Welt hat der materielle Anreiz an Bedeutung verloren. Diffuse Erwartungen der Selbstverwirklichung, Autonomie oder interessanter Kooperation motivieren mehr als Geldzahlungen. Auch die Konkurrenz ist, obwohl der Neoliberalismus den Verdrängungskampf verschärft hat, als Anreizform in den Hintergrund gerückt. In den Business-Etagen schätzt man kooperative *Soft Skills* höher als den tumben Egoismus der Alphatiere. Und schließlich wird im Gefolge neuer Technologien und einer – beiläufigen – partiellen Sozialisierung von Produktionsmitteln (einen PC hat fast jede/r daheim) die Entwicklung ganzer Softwaresparten und Internet-Plattformen von dezentralen, nicht-profitorientierten Netzwerken vorangetrieben (zur *Peer Production* vgl. Siefkes in diesem Heft). Wikipedia hat sich auch ohne materielle Anreize zu einer bedeutenden Enzyklopädie gemausert, bei der man aus Überzeugung, Spaß, vielleicht auch Geltungsbedürfnis mitarbeitet. Das Betriebssystem Linux entstand jenseits von intellektuellem Eigentum, Konkurrenz und simplen Firmenhierarchien als dezentrale, sich selbst organisierende Produktion. Überall

im Netz begegnen einem Praktiken der *Commons*, der Gemeingüterwirtschaft. Der Kampf ums Copyright ist ein Versuch, diese Felder der Kooperation zu hegen und in Bahnen der Inwertsetzung zurückzulenken. Es ist gut möglich, dass auch diese private Enteignungs- und Aneignungswelle erfolgreich sein wird. Aber auch wenn gemeinwirtschaftliche Praktiken im Kapitalismus inhaltlich und zeitlich immer umkämpft sind, beweisen sie eben doch, dass Belohnung, Verdrängung und Existenzangst nicht die entscheidenden Motive der Arbeit sind oder sein müssen. Der Wille zur Kooperation bahnt sich, selbst in atomisierten Gesellschaften, immer wieder neue, unerwartete Bahnen.

Eine antikapitalistische Alternative hat Perspektiven, wenn sie solche Praxen zum Ausgangspunkt nimmt. In Anbetracht einer langen Geschichte linker Textexegese haben Marx-Zitate oft einen schalen Beigeschmack, doch die Formulierung vom Kommunismus „als *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“, trifft den Nagel auf den Kopf: „Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“ (MEW 3: 35).

Das könnte bedeuten: Das, was sich am Kapitalismus als unerträglich darstellt – die Atomisierung der Gesellschaft, die Ressourcenvergeudung, die Ausbeutung und Marginalisierung von großen Teilen der Bevölkerung und schließlich auch die selbstzerstörerische Tendenz zu einer immer rasanteren Beschleunigung –, muss grundsätzlich kritisiert, aber auch in alltäglichen Praxen durchbrochen werden. Eine Alternative zum Kapitalismus materialisiert sich eben nicht als simple ‚Abschaffung‘ von Markt oder Kapital, sondern als Verbindung von politisch-sozialen Kämpfen und Bewegungspraktiken. Es geht darum, die Akkumulationslogik zugunsten von Solidarität und Kooperation zurückzudrängen. Das ist nicht zuletzt ein Machtkampf zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen. Konkrete Ziele darin könnten lauten:

Grundversorgung, Gesundheit, Erziehung und Trinkwasser in Gemeinwesen (nicht unbedingt staatlichen oder kommunalen Besitz) überführen. Unternehmen, für die die Allgemeinheit Subventionen zahlt, müssen auch in die Hände von Belegschaften und Gesellschaft übergehen. Umfassende Förderung von Initiativen, in denen Arbeit und Produktion kooperativ und demokratisch organisiert werden, also zum Beispiel aller Formen von *Commons*. Radikale Umverteilung von Reichtum und Abbau des Wohlstandsgefälles (die konsequente Rückkehr zu progressiver Besteuerung wäre dafür ein erster Schritt). Ersetzung von Wachstumskennziffern durch alternative ökonomische Kennziffern, die gesellschaftlichen Nutzen umfassender darstellen. Keine Bewahrung von Arbeitsplätzen um jeden Preis, sondern Existenzsicherung für alle und ökologische Umstellung der Produktion.

All diese Positionen bedeuten zunächst einmal nicht mehr als ein „*embedding*“ des Marktes, also eine Beschränkung der Akkumulationslogiken, und sind somit realpolitisch: Sie können umgesetzt werden, ohne dass der Kapitalismus deswegen verschwindet. In Venezuela sind einige dieser Forderungen

heute Regierungspolitik. Auch wenn die Ergebnisse dort – von der Arbeiter-selbstverwaltung bis hin zur Landreform – teilweise ernüchternd sind, stellen die Reformen doch immerhin eine *wirkliche Bewegung* unter Beweis, durch die feststehende Gewissheiten und Kräfteverhältnisse verschoben werden.

Neben einer politischen Beschränkung der Akkumulationslogiken gilt es aber auch deutlich zu machen, was an Alternativen schon heute existiert. Selbst im neoliberalen Kapitalismus brechen nämlich immer wieder Praktiken „moralischer Ökonomie“ (im Sinne Thompsons) hervor, die den Nutzen der Solidarität unter Beweis stellen und somit belegen, dass Gewinnmaximierung keineswegs das zentrale Kriterium ökonomischen Handelns sein muss. In Deutschland und den meisten anderen europäischen Ländern mögen Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe heute wenig Ausstrahlung besitzen. Doch dort, wo soziale und politische Kämpfe geführt werden, sieht das anders aus. In Argentinien arbeiten Dutzende von Unternehmen, die in Privateigentum pleite gingen, unter Selbstverwaltung produktiv und kostendeckend weiter. In Ostkolumbien haben soziale Bewegungen Stadtwerke in Gemeinschaftsbesitz¹⁰ und eine eigene Krankenkasse aufgebaut, die zu den effizientesten im Land gehören (Arps/Zelik 2006). Und selbst jene Kooperativen, die vor lauter betriebswirtschaftlichem Erfolg zu einem ganz normalen kapitalistischen Unternehmen mutiert sind¹¹, bewahren sich letztlich oft eine alternative Dimension. Das weltweit größte Genossenschaftsnetzwerk, die baskische Mondragón-Gruppe, gehört zwar zu den zehn größten Multis im spanischen Staat und kennt alle Scheußlichkeiten kapitalistischer Praxis – von der Leiharbeit bis hin zur Billiglohnfabrik in China. Dennoch unterscheidet sich die Unternehmensgruppe in einigen Punkten grundlegend von ihrem nichtgenossenschaftlichen Umfeld: Die Kooperativen zahlen ein höheres Einkommen und stützen sich in Krisenzeiten mit Hilfe von Solidarfonds gegenseitig. Zudem muss sich das Management regelmäßig vor den Genossenschaf tern rechtfertigen, die meistens eine solidarischere Politik des Unternehmens einfordern und ihre Positi-

10 Die Stadtwerke ECAAS in der 40.000-Einwohner-Stadt Saravena wurden von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in Eigenregie aufgebaut. ECAAS ist für Wasser, Abwasser und Müllabfuhr in der Stadt verantwortlich. Der Betrieb hat dabei eine Eigentumsform, die streng genommen gar nicht existiert. Er gehört weder der Stadt noch ist er genossenschaftlich oder privat. Der Aufsichtsrat des Unternehmens wird von 50 Stadtteilvertretern gebildet, die von Nachbarschaftsversammlungen direkt gewählt werden. Die Anbindung des Unternehmens an die Nachbarschaftsorganisationen führt dazu, dass Ver- und Entsorgungsprobleme direkt kommuniziert und schnell gelöst werden. Das nicht-gewinnorientierte, aber kostendeckend arbeitende Unternehmen könnte also im eigentlichen Sinne als ‚Volkseigener Betrieb‘ bezeichnet werden.

11 Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurde auf das Problem verwiesen, dass Genossenschaften, die an ihren politischen Zielen festhalten, betriebswirtschaftlich scheitern, während betriebswirtschaftlich erfolgreiche Kooperativen oft ihre politischen Grundsätze aufgeben. Krätke (2003) ist der Meinung, dass dieser von Franz Oppenheimer beobachtete und im Kapitalismus nahe liegende Zusammenhang nicht zwangsläufig ist.

onen (im Unterschied zu ‚kritischen Aktionären‘) durchaus durchsetzen können. Der baskische Ökonom Antxon Mendizabal, der die Mondragon-Gruppe durchaus skeptisch bewertet, bezeichnet das Unternehmen deshalb als Stachel im System, verweise es doch darauf, dass im Kapitalismus die Demokratie da aufhört, wo die Arbeit beginnt. Nur in Genossenschaften gelte die bürgerliche Forderung *One (Wo)Man One Vote* (Vortrag in Berlin, 25.11.2006).

Das alles ist nicht der Sozialismus. Aber was wäre Sozialismus? Welche Relevanz hat es, von einem revolutionären Bruch zu sprechen, nach dem Alles ganz anders sein soll? Der messianische Unterton vieler Linker, wenn sie von der waren- und klassenlosen Gesellschaft sprechen, macht auch skeptisch. Sicher, Radikalität ist unverzichtbar: Nur wer das „ganz Andere“ sucht, wird Anderes finden. Doch dieses Andere muss sich im Bestehenden abzeichnen und materialisieren, wenn es mehr sein soll als eine schwärmerische Fantasie und/ oder Programm eines autoritären Erziehungsprojekts. Die Herausforderung heute lautet, über existierende Handlungsmuster – Privateigentum, äquivalenter Tausch, Geld, Marktkonkurrenz – hinauszugehen, dafür aber konkrete Ansatzpunkte sozialer und politischer Praxis zu finden. In Lateinamerika hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass das immer möglich ist. Der Kampf gegen die Wasserprivatisierung, der Aufbau selbstverwalteter Betriebe, die Bewegung für soziale und politische Inklusion (durch etwas so Bürgerliches wie eine Verfassungsreform), Sozialreformen aus dem Staat heraus – auf diesen keineswegs konfliktfreien Feldern konstituiert sich die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufheben könnte. Was im Rahmen dieser Aufhebung verschwinden und was bleiben wird, ist eine Frage, die die Protagonisten der „wirklichen Bewegung“ anhand konkreter Erfahrungen selbst treffen müssen. Solange sich das „ganz Andere“ (der nicht-äquivalente Tausch) nicht schon jetzt materialisiert, wird das Bestehende (der Markt) weiter existieren und es darum gehen, seine Destruktivität zu begrenzen. Es ist wahr, dass man selbstverständlich auch im Kapitalismus bereit ist, zu kooperieren anstatt äquivalent zu tauschen. Peer Production, aber auch ehrenamtliche Arbeit oder enge familiäre oder freundschaftliche Beziehungen beruhen darauf. Was aber gilt gegenüber jenen Akteuren, denen man sich nicht emotional oder durch eine starke politische Mobilisierung verbunden fühlt? Wie groß ist die Bereitschaft zur nicht verrechneten Kooperation bei extrem unangenehmen, sozial kaum anerkannten Tätigkeiten?

Und noch so manches mehr an „ganz Anderem“ ist offen. Was zum Beispiel ist mit der Freiheit, etwas außerhalb bestehender Betriebe und Arbeitsprozesse auszuprobieren, wenn dafür Ressourcen benötigt werden? Im Kapitalismus ist die Desertion aus bestehenden Arbeitsverhältnissen tendenziell möglich. Dort ist die unternehmerische Autonomie allerdings ungleich verteilt. Wer kein Kapital aufreiben kann, muss bleiben, was er ist: ein abhängig Beschäftigter. Doch die antikapitalistische Alternative kann kaum darin bestehen, dass ir-

gendwann alle ihrer Autonomie beraubt werden und ganz in kollektiven Arbeits- und Schaffensprozessen aufgehen müssen. Teil des sozialistischen Versprechens wäre es eben auch, dass alle – und nicht nur Kapitalbesitzer – die Freiheit haben, etwas ‚zu unternehmen‘, also Arbeitsprozesse zu verändern und Neues auszuprobieren.

Möglicherweise deckt sich die Emanzipation – die vor uns liegt, wenn wir uns mit der Idiotie des Bestehenden nicht abfinden wollen –, nicht mit dem, was Linke heute als Gegenentwurf zum Kapital begreifen. Und wenn schon?

Das, was am Bestehenden unerträglich ist, hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher herausgeschält. Vieles – von der gemeinschaftlichen Verfügung über Grundgüter über die Bedeutung moralischer Ökonomie bis hin zur Demokratisierung der Gesellschaft – ist schon jetzt potenziell mehrheitsfähig und würde, zumindest auf dem Papier, auch von vielen Christdemokraten unterschrieben. In anderen Fragen gilt es Kritik zu formulieren: Heute droht eine unreflektierte Renaissance des Staates, eine Vertiefung von Arbeitsideologien, ein verkürztes Verständnis von Spekulation und Produktivität. Eine radikale, Marxsche Kritik der Verhältnisse bleibt zentral. Doch entscheidend muss das sein, was den Menschen, was uns allen, erlaubt, in einer Gesellschaft und in ihrer Arbeit spürbar besser, freier, solidarischer zu leben.

Literatur

- Altwater, Elmar (1992a): *Der Preis des Wohlstands*, Münster.
 Altwater, Elmar (1992b): *Die Zukunft des Marktes*, Münster.
 Altwater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*, Münster.
 Arps, Annebritt; Zelik, Raul (2007): Mit, im und gegen den Staat. Kooperativen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela, in: Altwater, Elmar; Sekler, Nicola (Hg.): *Solidarische Ökonomie*, Hamburg.
 Arquilla, John; Ronfeldt, David (2000): *Swarming & The Future of Conflict*, (http://www.rand.org/pubs/documented_briefings/2005/RAND_DB311.pdf), 18.11. 2007.
 Bahro, Rudolf (1977): *Die Alternative*, Köln und Frankfurt/Main.
 Bardmann, Manfred (1986): *Die Preistypdebatte, ihre Grundlagen und ihr Einfluss auf die praktische Gestaltung des Preissystems in der DDR*, Berlin.
 Bettelheim, Charles (1951): *Problèmes théoriques et pratiques de la planification*, Paris.
 Bettelheim, Charles; Castro, Fidel; Guevara, Che et al. (1969): *Wertgesetz, Planung und Bewusstsein – Die Planungsdebatte in Cuba*, Frankfurt/Main.
 Beyer, Achim et al. (1977): *Aktuelle Probleme des Preissystems in der DDR*, Erlangen.
 Brus, Włodzimierz (1971): *Funktionsprobleme in der sozialistischen Wirtschaft*, Frankfurt/Main.
 Burawoy, Michael (1990): Klassenbewusstsein ungarischer Stahlarbeiter, in: *PROKLA 78 – Auf der Suche nach dem verlorenen Sozialismus*, Berlin.
 Carlo, Antonio (1972): *Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (1917-1975). Diktatur des Proletariats oder bürokratischer Kollektivismus*, Berlin.
 Cliff, Tony (1975): *Staatskapitalismus in Russland*, Frankfurt/Main.
 Damus, Renate (1973a): Wertkategorien als Mittel der Planung, in: *PROKLA Sonderheft 5*, Berlin.
 Damus, Renate (1973b): Planungssysteme und gesellschaftliche Implikationen – am Beispiel der Planungssysteme in der DDR, in: Hennicke, Peter (Hg.): *Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaft*, Frankfurt/Main.
 Daiyun, Yue (1989): *Als 100 Blumen blühen sollten*, München.

- Deleuze, Gilles; Guattari, Félix (1976): *Rhizom*, Berlin.
 Deleuze, Gilles; Guattari, Félix (1992): *Tausend Plateaus*, Berlin.
 Deutscher, Isaac (1990): *Stalin. Eine politische Biographie*, Berlin.
 Dobb, Maurice (1948): *Soviet Economic Development since 1917*, London.
 Dobb, Maurice (1970): *Socialist Planning: Some Problems*, London.
 Dobb, Maurice (1973): Die Diskussion in den zwanziger Jahren über den Aufbau des Sozialismus, in: Hennicke, Peter (Hg.): *Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaft*, Frankfurt/Main.
 Dutschke, Rudi (1974): *Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen*, Berlin.
 Gorz, André (1989): *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Berlin.
 Hildermeier, Manfred (1989): *Die russische Revolution 1905-1921*, Frankfurt/Main.
 Eger, Thomas (1974): Das ordnungspolitische Grundgefüge der sozialistischen Marktwirtschaft Jugoslawien, in: Hamel, Hannelore (Hg.): *Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien*, München.
 Hof, Hans Joachim; Wagner, Ulrich (1974): Probleme der Beschäftigungspolitik bei Arbeiterselbstverwaltung, in: Hamel, H. (Hg.): *Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien*, München.
 Horvat, Branko (1976): *The Yugoslav Economic System*, New York.
 Lorenz, Richard (1976): *Sozialgeschichte der Sowjetunion*, Frankfurt/Main.
 Luxemburg, Rosa (1987): *Politische Schriften*, Frankfurt/Main.
 Kosta, Jiri; Meyer, Jan (1976): *Volksrepublik China – Ökonomisches System und wirtschaftliche Entwicklung*, Frankfurt/Main und Köln.
 Krätke, Michael (2003): *Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus*, (<http://www.praxisphilosophie.de/kraetkewd.pdf>), 25.3.2009.
 Kritzman, Leo (1971): *Die heroische Periode der großen russischen Revolution*, Frankfurt/Main.
 Montias, J.M. (1976): The Industrialization of Eastern Europe an East-West-Trade, in: Griffith, William (Hg.): *The Soviet Empire – Expansion & Détente*, Lexington; USA und Toronto.
 Meyer, Jan (1980): Partizipation im Wirtschaftssystem der VR China, in: Höhmann, Hans-Hermann (Hg.): *Partizipation und Wirtschaftsplanung in Osteuropa und der VR China*, Stuttgart und Berlin.
 Murray, Robin (1990): Sozialismus und fordistische Entwicklung, in: *PROKLA 81*, Berlin.
 Naveh, Simon (2008): Rhizomatisches Manöver, in: Multitude e.V. (Hg.): *Wörterbuch des Krieges*, Berlin.
 Preobraschenskij, E. (1970): *Die sozialistische Alternative*, Berlin.
 Rossanda, Rossana (1975): *Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch*, Frankfurt/Main.
 Serge, Victor (1991): *Erinnerungen eines Revolutionärs*, Hamburg.
 Soergel, Wolfgang (1979): *Arbeiterselbstverwaltung oder Managersozialismus? Eine empirische Untersuchung in jugoslawischen Industriebetrieben*, München.
 Varga E.; Bettelheim C.; Maccio M. (1970): *Sowjetunion und China. Zwei Wege des sozialistischen Aufbaus*, München.